

Menschen haben in der Gnade und im Glauben Anteil am göttlichen Werk der Errichtung des Reiches Gottes. Da das Dasein des Menschen mit seiner Umwelt verbunden ist, schließt das Reich Gottes nicht nur die Rettung des Menschen, sondern auch die Rettung der Welt ein. Die menschliche Aufgabe, die Schöpfung zu vollenden, wie sie am Anfang der Genesis dargelegt ist und nun im Licht des auferstandenen Christus gesehen wird, umfaßt auch die Erlösung der Welt. Die Menschen helfen, alles in Christus wiederherzustellen, indem sie die Welt so nutzen, daß sie als Kinder Gottes in ihr leben und sein Reich vorantreiben können. Alle Schöpfung muß zuerst dem auferstandenen Herrn dargebracht werden, und Christus muß alles mit sich selbst erfüllen (Eph 1, 10). Dann wird der Menschensohn dem Vater die in sein Reich verwandelte Schöpfung übergeben, so daß Gott wirklich alles in allem sein kann (Kol 1, 20).

In der Vergangenheit hat menschliche Herrschaft andere Menschen zerstört, aber nun bedroht

¹ E. Odum, *Fundamentals of Ecology* (Philadelphia 1971) 8.

² Odum aaO. 432-434.

³ J. Cousteau, *Hearings before U. S. Senate Subcommittee on Oceans and Atmosphere*. Oct. 18, 1971 (Washington 1972) 3-5, 12.

⁴ Cousteau, aaO. 6.

⁵ G. Myrdal, *Economics of an Improved Environment: Who Speaks For Earth?* Hsg. M. Strong (New York 1973) 89-100.

⁶ Myrdal, aaO. 81.

⁷ Myrdal, aaO. 102-103; Cousteau, aaO. 8.

⁸ E. Schillebeeckx, *Man and His Bodily World: World and Church* (New York 1971) 237-242.

Übersetzt von Dr. Ansgar Ahlbrecht

sie selbst die Umwelt. Jesus sprach vom Wunsch des Menschen nach Macht, als er die Apostel im Streit darüber fand, wer von ihnen wohl der größte sei. Ein Mensch wird nicht dadurch groß, daß er sich über andere setzt, sondern daß er ihnen dient (Luk 22, 24-27). Ein Christ bringt seine Liebe im Dienst zum Ausdruck. Nach dieser konstruktiven Regel sollte sich die Herrschaft des Menschen über die Erde ausrichten. Die Erde dient den menschlichen Bedürfnissen, aber die Menschheit muß den Gebrauch der Erde maßvoll betreiben, um nicht gleichzeitig die Umwelt zu gefährden. Der Mensch bewahrt die Erde, während er sie durch die Einbeziehung in die menschliche Existenz und Verherrlichung zur Vollendung bringt. In diesem Sinn dient der Mensch der Erde in seiner schöpferischen Rolle. Die Verantwortung, die Erde zu bewahren, zu der er von den Ökologen gedrängt wird, ist Teil der religiösen Verpflichtung des Menschen, mitzuhelfen an der Wiederherstellung aller Dinge in Christus für den Vater.

JOSEPH NASH

Dominikaner, 1959 zum Priester geweiht. Er studierte am Fournier Technischen Institut und an der Universität Notre Dame, sodann Philosophie und Theologie am Aquinas Institut (Lizentiat der Philosophie und Master of Arts). Später setzte er das Studium an der Universität Chicago fort, wo er 1970 als Master of Business Administration graduiert wurde. Während 15 Jahren dozierte er am Xavier College, und gegenwärtig doziert er an der Loyola-Universität zu Chicago.

Hans Zwiefelhofer Präferenzen bei der Gewinnung und Ver- teilung von Grundstoffen

I. Problemstellung

Das Erdölembargo, der vierfache Anstieg der Erdölpreise, die höheren Kosten und die schwerwie-

gende Knappheit von Lebensmitteln und Kunstdünger, das bisher nie dagewesene Zusammentreffen einer akuten Inflation mit einer Rezession in der ganzen industrialisierten Welt – diese Ereignisse haben das Geflecht der internationalen Beziehungen schwer belastet. Deutlicher als je zuvor zeigt sich die Last der Interdependenz: Die Menschheit ist eine für alle ihre Mitglieder lebenswichtig gewordene Beziehungseinheit geworden, ohne eine Handlungseinheit zu sein. Im Gegenteil: In dem Maß, in dem die Interdependenz mit den erdölproduzierenden Ländern die Grundlage des normalen Wirtschaftslebens der vom Erdöl abhängigen Völker zu bedrohen schien, bekamen die Vertreter eines wirtschaftlichen Nationalismus

und der Konfrontation der Wirtschaftsblöcke neuen Auftrieb. Die unzweifelhaften Vorteile einer internationalen Arbeitsteilung werden von einer sich zunehmend vertiefenden Abhängigkeitsstruktur begleitet, welche die einzelnen Länder gegenüber Entscheidungen und Entwicklungen außerhalb ihrer Grenzen verletzlich gemacht hat. Es stellt sich die beunruhigende Frage, ob die Welt fähig ist, mit ihrer Interdependenz auf dem Wege friedlicher Zusammenarbeit fertig zu werden. In keinem Bereich gibt es die «unsichtbare Hand», die über Mechanismen irgendwelcher Art ordnend eingreift und eine friedvolle Zukunft für alle Menschen und Völker gestaltet; dies gilt auch und in besonderer Weise für den Bereich der Grundstoffe, ihrer Gewinnung und Verteilung. Seit Beendigung des Korea-Krieges zeigten die Grundstoffmärkte Symptome eines Käufermarktes und zählten zu den am wenigsten dynamischen Bereichen des Welthandels – mit allen Konsequenzen für die rohstoffexportabhängigen Entwicklungsländer. Die weltweite Nachfrageexpansion 1972 führte zu ersten Versorgungsengpässen; Ende 1973 erhöhten die erdölexportierenden Staaten die Preise und drosselten das Angebot. Seit langem standen die Industrieländer erstmals wieder vor dem Problem der Rohstoffsicherung. Der Akzent der politischen Überlegungen verlagert sich von der Öffnung und Erleichterung des Zugangs zu den Absatzmärkten (für die Entwicklungsländer) auf die Freiheit des Zugangs zu den Beschaffungsmärkten (für die Industrieländer)! Die nationale und internationale Grundstoffpolitik steht vor neuen Fragen: Ist die längerfristige Versorgung mit Primärgütern gefährdet – wegen des steigenden Verbrauchs an nicht-regenerierbaren natürlichen Ressourcen und der unzureichenden Erzeugung von Nahrungsmitteln? Wird der Wandel vom Käufer- zum Verkäufermarkt die wirtschaftlichen Beziehungen drastisch ändern? Werden sich weitere Produzentenkartelle bilden? Werden Exportländer ihre Lieferungen einschränken? – Die Wirtschaftsgeschichte kennt ähnliche Fragen, aber sie kann nicht Maßstab für die Lösung sein. Praktisches politisches Handeln ist gefordert, das die Notwendigkeiten der Situation versteht und sich an einer sittlichen Gewichtung von Entscheidungsalternativen, d. h. an Wertpräferenzen orientiert. Eine rationale und handlungsorientierte Wirtschaftspolitik benötigt operationale und präzise Zieldefinitionen und Zielhierarchien, d. h. meta-ökonomische, auf die Ziel- und Wertproblematik bezogene Normen und Kriterien

ebenso wie ökonomische, zielgerechte und zielwirksame Handlungsentwürfe. – Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, Bausteine einer Wert- und Zielhierarchie für den Bereich der Grundstoffpolitik zusammenzutragen, die sich in wirtschafts- und entwicklungspolitischen Prioritäten niederschlagen, abhängig von der Ausgangslage, von logischen, kausalen und werthafter Beziehungen zwischen den Zielen, vom Entscheidungsträger und der Entscheidungssituation, von Zeithorizont, Realitätsbezug und den vorhandenen Mitteln. Dabei wird sich eine zweifache Schwierigkeit grundlegender Art als unüberwindbar herausstellen: das Defizit an empirisch gesichertem theoretischem und interdisziplinärem Wissen und das Fehlen hinreichender Informationen über vergangene, gegenwärtige und zukünftige Ereignisse, Situationen und Entwicklungslinien.

II. Produktions- und Verteilungssituation im Grundstoffbereich¹

Grundstoffexporte bestreiten nur einen relativ geringen Anteil am gesamten Welthandel, haben jedoch große, im Fall des Erdöls sogar durchgreifende Wirkungen. Ein großer Teil des Grundstoffhandels wird von Industrieländern getätigt; das internationale Grundstoffproblem ist nicht nur ein Nord-Süd-Problem. Doch ist der Grundstoffsektor für die Entwicklungsländer wegen Nahrungsmitteldefiziten und zum Teil ausschließlicher Exportabhängigkeit von existentieller Bedeutung. Zyklische Schwankungen der Produktion, witterungs- und vorratsbedingte Angebotsveränderungen, Überkapazitäten aufgrund rohstoffsparenden Fortschritts und Spekulationen verursachten große Preisfluktuationen und Preisverfall. Nach 1968 stiegen die Preise, zunächst langsamer als die Industriegüterpreise, ab 1971 wesentlich schneller. Die mit dem weltweiten Konjunkturaufschwung verbundene beschleunigte Nachfrageexpansion nach metallischen Rohstoffen und die vorratspolitisch motivierten Lagerkäufe trafen auf eine Angebotslücke, die nur über erhöhte Preise schließbar war; dazu kamen Hauspekulation und durch Inflationsangst und Währungsunsicherheit bedingte Flucht in die Rohstoffe. Ab Mitte 1974 ist die Preistendenz rückläufig;² Folge weltweiter Rezession, geringerer Spekulation, normalisierter Versorgungslage. Bei agrarischen und tropischen Ernährungsgütern

kam der Preisdruck größtenteils von der Angebotsseite. Schlechte Ernten in mehreren Teilen der Welt, nahezu erschöpfte Reserven, Mangel und Verteuerung der Düngemittel sowie Energieprobleme haben die Welternährungslage bedrohlich und unsicher gemacht. Die Entwicklungsländer mußten ihre Einfuhren immer teurer bezahlen, die Industrieländer produzierten – vor allem durch den wachsenden Verbrauch von Getreide zur Produktion von Fleisch, Eiern und Milch – Überschüsse. Vorausschätzungen lassen vermuten, daß das Nahrungsmittelangebot in den achtziger Jahren der Nachfrage entsprechen könnte.³ Aber der Ausgleich auf Weltbasis verbirgt den Gegensatz zwischen den Industrieländern, in denen die Produktion rascher als die Nachfrage gesteigert werden kann, und den Entwicklungsländern, deren Bedarf viel rascher als ihre Produktionsmöglichkeit wächst. Selbst wenn man die periodischen Fehlernten außer acht läßt, weist der Trend in den meisten Entwicklungsländern auf Nahrungsmitteldefizite hin, die ihre Importmöglichkeiten auf der kommerziellen Basis weit übersteigen. Die Hauptschwierigkeit im Bereich der Nahrungsmittel liegt im Grunde nicht in der Produktion, sondern in der Verteilung und in politischen Zielsetzungen mancher Länder; die gerechte Verteilung der verfügbaren Exporte wird immer deutlicher zu einer dringenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Frage. – Auf Grund der klimatischen Voraussetzungen dürfen die Entwicklungsländer auch in Zukunft die Hauptanbieter der tropischen Ernährungsgüter und der Industrierohstoffe auf Agrarbasis bleiben. Nachhaltige Veränderungen des Weltangebots erscheinen – sieht man einmal vom Sonderfall Öl ab – am ehesten im Bereich der Mineralgewinnung möglich. Wichtige Einflußfaktoren sind neben der Nachfrageentwicklung, den Substitutionsmöglichkeiten und dem Recycling, die von den Entwicklungsländern allenfalls mittelbar gesteuert werden können, die zukünftigen Vorräte und die finanziellen und technischen Abbaumöglichkeiten. Im Gegensatz zu der Gewißheit, daß die Zeiten einer vermeintlich unbegrenzten Verfügbarkeit billiger Rohstoffquellen, vor allem des Erdöls, endgültig vorbei sind, existieren bis heute noch keine allgemein verbindlichen Vorstellungen über den Umfang der Reserven, einschließlich der Möglichkeiten einer Versorgung durch Nutzung des Meeresbodens, über die anzuwendenden technischen Verfahren, die Kosten der Gewinnung und auch die rechtlichen Fragen auf nationaler und

internationaler Ebene. Ferner sind keine Voraussetzungen möglich hinsichtlich Veränderungen im Konsumverhalten, in der Frage der Reproduzierbarkeit und der Substituierbarkeit von Rohstoffen.⁴ Eine völlige Erschöpfung der Vorräte an Mineralien und regenerierbaren landwirtschaftlichen Rohstoffen ist auszuschließen,⁵ nicht jedoch vorübergehende Angebotsdefizite, Nachfrageverschiebungen, Preisfluktuationen und insbesondere extrem schwierige Anpassungsvorgänge, die kaum zu bewältigen sind.

III. Zielvorstellungen im Bereich der Grundstoffpolitik

Zielvorstellungen umschreiben die «Programmsituation»; sie beruhen auf Systemen normativer Postulate. Im Fall der Grundstoffpolitik beziehen sie sich auf den Bereich der internationalen Beziehungen; denn die Interdependenzen des Grundstoffsektors, die wachsende Politisierung der Grundstoffprobleme und die internationalen Konsequenzen der durch den Faktor Rohstoffvorkommen bedingten Ausdifferenzierung einer «Vierten Welt» übersteigen den Grundstoffbereich im engen Sinn.

1. Übergeordnete Ziele (Wertprämissen der Grundstoffpolitik)

a) Die menschliche Solidarität ist nicht teilbar: Die ganzheitliche Entwicklung des Menschen kann nur in einer solidarischen Entwicklung der Menschheit erfolgen.⁶ Einzelne Staaten sind nicht in der Lage, in Isolation ihre Interessen wahrzunehmen und sich entsprechend zu entwickeln, da der Wohlstand und der Fortschritt des einen Staates den Wohlstand und den Fortschritt der anderen teils zur Ursache hat, teils verursacht. Die Teilnahme aller an der «kollektiven Schöpfung» ist ebenso notwendig wie die Übernahme der sozialen Verantwortlichkeit für eine auf gegenseitige Anerkennung der Menschen gegründete Welt.

b) Die bestmögliche Verwirklichung menschenwürdiger Lebensbedingungen für möglichst viele Menschen und Völker erfordert eine gleichmäßige Verteilung des Wohlstandes – als Mindestmaß die Ausrottung des Hungers – und die Anwendung des Prinzips der Nicht-Gegenseitigkeit und der Hilfestellung im Fall der Unwirksamkeit anderer Methoden.

c) Freiheit als Bedingung wirklich menschlicher und verantwortlicher Entscheidungen – ohne

Unterdrückung, Domination und Entfremdung – verlangt das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Völker, die souveräne Verfügung hinsichtlich der Wahl des wirtschaftlichen und sozialen Systems, der wirtschaftlichen Tätigkeit und der natürlichen Ressourcen.

d) Gerechtigkeit und Friede in den internationalen strukturellen Beziehungen beinhalten Rechte und Pflichten für die Herstellung materieller wie menschlicher Chancengleichheit durch Befriedigung der Grundbedürfnisse aller, Ausgleich materieller, kultureller und geistiger Güter, Zugang zur Nutzung der verfügbaren Ressourcen. Das wachsende gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis der Völker macht Ungleichheiten unerträglich;⁷ daraus entstehen Konfrontationen der Macht und politische Gefährdung des Friedens.

e) Das Postulat der Sicherheit erfordert territoriale Unantastbarkeit und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; ebenso ein System, das die Versorgung der gegenwärtigen und der künftigen Generationen mit lebensnotwendigen Gütern wie Nahrungsmitteln und Rohstoffen garantiert.

f) Gerechtigkeit und Partnerschaft sind die Grundwerte für eine Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Gerechtigkeit meint die Schaffung einer wirksamen Rechtsordnung, die Gleichheit und Unabhängigkeit garantiert. Der freie Austausch von Gütern kann nur dann recht und billig sein, wenn wirtschaftliche Gleichberechtigung gegeben ist, ohne die partnerschaftliche Zusammenarbeit eine leere Parole bleiben muß. Partnerschaft bedeutet Partizipation an Konsultationen und Entscheidungen, angemessenen Zugang zu Wissen und Technologie und besondere Hilfsleistungen zugunsten rohstoffarmer und einkommensschwacher Länder, die sich in nahezu hoffnungsloser Lage befinden.

2. Regulative Prinzipien (Formale Präferenzen)

Regulative Prinzipien geben an, welche Leitlinien politischen Handelns aus den möglichen Alternativen der Zielerreichung ausgewählt werden. Das Kriterium der Wahl ist die in der je gegebenen Ausgangslage zu erwartende größtmögliche Wirksamkeit im Hinblick auf die Realisierung der übergeordneten Werte; zugleich werden dadurch konkurrierende wie komplementäre Zielverhältnisse näher bestimmt.

a) Kooperation versus Konfrontation: Die Kartellbildung der erdölproduzierenden Länder

und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der meisten hochindustrialisierten und einkommensstarken Staaten haben den Wunschvorstellungen ökonomischer Autarkie und einer damit zusammenhängenden restriktiven Politik der Konfrontation neuen Boden verschafft. Aber die optimale Wahrung unterschiedlicher Interessen wird nicht durch eine Vergrößerung des Spielraums nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik, die notwendig zu Diskriminierungen durch bilaterale Vereinbarungen und oft zu politischen Repressionen und Handelskriegen führt, gelingen, sondern nur auf dem Weg ständiger Verhandlungen und Konsultationen in institutionalisierter Kooperation.

b) Langfristige versus kurzfristige Beurteilung der Lage: Die kurz- und mittelfristige Betrachtungsweise wirtschaftlicher Prozesse und Beziehungen hat in Zusammenhang mit der Gewinnung und Verteilung von Grundstoffen zu erheblichen Ungleichgewichten in der wirtschaftlichen Entwicklung und zur Gefährdung der Versorgung durch Raubbau sowie zu ernsthaften Problemen der Umweltzerstörung und des friedlichen Zusammenlebens beigetragen. Kurzfristige Gewinne exzessiven Wachstums widersprechen der für spätere Generationen lebensnotwendigen Erhaltung geologischen Kapitals und einer Konsumethik, die Einschränkungen im Verbrauch, vor allem unersetzlicher Güter verlangt.

c) Globale versus isolierte Sicht der Ziel-Mittel-Systeme: Das Denken in Partikularismen und vereinfachenden Verabsolutierungen hat, so zeigt die Geschichte der Wirtschaftspolitik, auf nationaler und internationaler Ebene kaum je zu wirklichen und beständigen Erfolgen geführt. Die umfassende Betrachtungsweise entspricht allein den globalen Problemen. Globale Gesellschaftspolitik – oft auch «Welt-Sozialpolitik» oder «Welt-Innenpolitik» genannt – ist notwendig geworden; die für sie notwendigen Überlegungen und Organe fehlen jedoch. Die Gewinnung und Verteilung von Grundstoffen ist so im Geflecht der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verwurzelt, daß isolierte und unkoordinierte Maßnahmen zwecklos sind.

d) Strukturpolitik versus Prozeßpolitik: Die Ausgangslage für grundstoffpolitische Überlegungen zeigt, daß gewachsene Strukturen eine grundlegende Rolle spielen. Mag im Einzelfall die konjunkturelle Situation von Angebot und Nachfrage noch so bedeutsam sein, eine längerfristige Lösung der grundstoffpolitischen Probleme im Rahmen einer Neuordnung der internationalen wirt-

schaftlichen Beziehungen ist nur durch strukturelle Maßnahmen möglich. Die Gewinnung und insbesondere die Verteilung von Grundstoffen erfordert zwar immer wieder auch prozeßpolitische Eingriffe, doch sind diese nur insoweit erfolgversprechend, als indirekte strukturelle Maßnahmen neue Rahmendaten setzen. Lebensmittel- und Rohstoffbeschaffung verlangen strukturelle Anpassungen; man kann sie weder planlos, zufallsbedingten Kräften überlassen, noch genügen ex-post-System der Struktursteuerung aufgebaut werden.

e) Internationale Wettbewerbsordnung versus zentrale Steuerung: Eine integrierte Politik setzt voraus, daß die einzelnen staatlichen Entscheidungen in Bezug auf makroökonomische, regionale und einzelwirtschaftliche Bereiche aufeinander abgestimmt werden. Die Zuordnung von Plan und Markt sowie Staat- und Privatbereich wirft die Frage nach dem wirtschaftspolitischen Leitbild auf. Trotz des erhöhten Gewichts, das der öffentlichen Lenkung zufällt, besonders im Abbau von unzulänglichen Marktmechanismen und Marktungleichgewichten, sollte einem funktionsfähigen Wettbewerb auf internationaler Ebene der Vorzug eingeräumt werden.

3. Grundstoffpolitische Ziele (Materiale Präferenzen)⁸

- a) Ordnungs- und Sicherheitsziele
- Volle Souveränität jedes Staates über seine Bodenschätze und seine gesamte wirtschaftliche Tätigkeit;
 - Partizipation aller Nationen an der Formulierung und Anwendung politischer und rechtlicher Entscheidungen;
 - Überstaatliche Regulierung der Vertrags- und Eigentumsrechte multinationaler Unternehmen und ausländischer Investoren;
 - Vermeidung von Kartellbildung auf Produzenten- und Verbraucherseite;
 - Reform internationaler Organe zur Marktregulierung;
 - Erhaltung der produktiven Reserven durch verantwortbare Ausbeutung und hinreichende Vorratshaltung;
 - Sicherung der Versorgung und Stabilisierung der Märkte;
 - Diversifizierung der Energieträger;
 - Neuordnung der Vermarktungs- und Verteilungssysteme.

- b) Produktionsziele
- Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion in Entwicklungsländern und Beendigung der Nahrungsmittelvergeudung;
 - Gezielte Angebotserhöhung im Rohstoffsektor;
 - Entwicklung rohstoffsparender Technologien;
 - Diversifizierung der Exportstruktur der Entwicklungsländer und Aufbau der Industrialisierung und Verarbeitung von Rohstoffen in Entwicklungsländern;
 - Erforschung möglicher und verfügbarer Nahrungsmittelreserven (Meer- und Binnenwasser);
 - Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Naturprodukten.
- c) Verteilungsziele
- Integrierung von Vermarktungs- und Verteilungsfunktionen;
 - Effizienzsteigerung der Vermarktungs- und Verteilungssysteme in den Erzeuger- und Verbraucherländern;
 - Sicherung des Zugangs zu den natürlichen Ressourcen;
 - Verbesserung der Zugangsbedingungen zu den Einfuhrmärkten;
 - Stabilisierung der Preisrelationen für Export- und Importgüter;
 - Berücksichtigung kollektiver Bedürfnisse der «Vierten Welt»;
 - Abbau bilateraler Lieferbedingungen (Rohstoffe/Hilfe);
 - Abbau von Monopolen und ähnlich wirkenden Zusammenschlüssen in Verbraucherländern.

IV. Entscheidungen im Bereich der Ziel-Mittel-Systeme der Grundstoffpolitik (Strategische Präferenzen)

Alternative Handlungsentwürfe beruhen auf der möglichen oder tatsächlichen Unterschiedlichkeit der Anwendungsbereiche, Instrumente und Träger der Wirtschaftspolitik. Strategische Präferenzen entscheiden über jene Maßnahmenkataloge, die das höchste Maß und die größte Wahrscheinlichkeit aufweisen, zielgerecht und zielwirksam zu sein. Während auf der Ebene der übergeordneten Werte und Ziele, die sich fast ausschließlich in feierlichen, aber unverbindlichen Proklamationen niederschlagen, weitgehend zumindest formaler Konsens besteht,⁹ werfen die divergierenden Interessen auf der Ebene der operationalisierbaren grundstoffpolitischen Ziele, Prioritäten und Strategien Probleme auf. Die Produzenten von Grundstoffen – im Bereich der Industrierohstoffe und

eines Teils der Nahrungsmittel die Mehrzahl Entwicklungsländer – sehen in der Grundstoffpolitik primär ein Instrument der Entwicklungspolitik; die Verbraucher hingegen ein Instrument der Sicherheits- und Wachstumspolitik. Auf der Grundlage der regulativen Prinzipien müssen im Bereich der möglichen und gewünschten grundstoffpolitischen Ziele Kompromisse gefunden werden, die ein Optimum an Zielerreichung und ein Minimum an Nachteilen für alle Partner gewährleisten. Dazu sind nationale Maßnahmen und bilaterale Vereinbarungen nur beschränkt geeignet; unter der Rücksicht der Realisierbarkeit, Wirksamkeit und Langfristigkeit nehmen internationale Abkommen und multilaterale Systeme eine prioritäre Position ein. Gleichzeitig muß eine erfolgreiche Beeinflussung der Weltgrundstoffmärkte nach Grundstoff und Land differenzieren gemäß Anteil an Weltproduktion und -vorkommen, Preiselastizität der Nachfrage und des Angebots, Effizienz der Produktion und inländischem Beschäftigungsgrad, Bedarf an internationaler Liquidität und Wirksamkeit von Vergeltungsmaßnahmen. Diese Differenzierung ist notwendig, um zu vermeiden, daß Marktregulierungen schließlich zu einer Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung führen. Die relative Erfolglosigkeit der bisher angewendeten grundstoffpolitischen Instrumente – Internationale Rohstoffabkommen, Ausgleichsfinanzierung, Kartellbildung, bilaterale Abkommen, einseitige Markteingriffe durch Unternehmungen und Regierungen, Importkontrollen und Ausfuhrrestriktionen u. a. m. – ist in der Hauptsache damit zu begründen, daß die Maßnahmen weder zureichend noch integriert waren. Eine künftige Grundstoffpolitik sollte folgende Maßnahmenbündel prioritär einsetzen:

1. Kurz- und mittelfristige direkte Maßnahmen

- Voller Einsatz der Technologien der «grünen Revolution»;
- Formierung von «joint ventures»¹⁰ für Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen;
- Multilaterale verbindliche (im Ausnahmefall nur nach internationalen Konsultationen veränderbare) Vereinbarungen zur Exportpolitik bezüglich Sicherstellung des Zugangs zu Rohstoffvorkommen zu angemessenen Preisen auf der Basis der Nicht-Diskriminierung, kombiniert mit Abbau von Importzöllen (Effektivzölle

und Kontingentierungen für landwirtschaftliche und verarbeitete Produkte;

- Internationale Rohstoffabkommen (Exportquoten und angemessene Preisspannen) für Rohstoffpakete unter Beteiligung aller Produzenten und Verbraucher, kombiniert mit:
- Errichtung einer internationalen Kette von Grundstofflagern, koordiniert nach multilateraler Absprache, international aufgebaut und verwaltet, finanziert durch Zweckfonds;
- Verbesserung der Vermarktungs- und Verteilungssysteme bezüglich kostensenkender Rationalisierung der Gewinnung und des Transports, Entmonopolisierung des Absatzsystems, Errichtung grundstoffspezifischer internationaler Marketing-Boards¹¹ mit ständigen Konsultationen und bindenden Absprachen.

2. Langfristige indirekte Maßnahmen

a) Antizipatorische Strukturpolitik in Industriestaaten:

- Kontrollierte Herbeiführung von Marktstörungen durch freizügigere Einfuhr von landwirtschaftlichen und industriellen Produkten aus Entwicklungsländern;
- Stilllegung unrentabler Branchen und Betriebe durch Erhöhung der Wettbewerbsintensität auf den Binnenmärkten und durch Abbau von Subventionen;
- Schrittweises Aufgeben des durch teuren Protektionismus aufrechterhaltenen Selbstversorgungsgrades im Agrarsektor, verbunden mit sozialpolitischen Maßnahmen zugunsten der betroffenen Bevölkerung;
- Auslagerung von Branchen in Entwicklungsländer, gemäß deren Vorteile des Standorts und der komparativen Kosten;
- Umstellung der Produktion auf forschungs- und kapitalintensive hochqualifizierte Exportprodukte.

b) Subventionierte Diversifizierungspolitik in Entwicklungsländern: Änderung einseitiger Wirtschaftsstrukturen in supranationaler Koordination mit finanzieller Unterstützung durch Diversifizierung der

- Produktionsstruktur, d. h. Vergrößerung der Zahl der Produktionssektoren und Gewichtsverlagerung zugunsten produktiver Branchen, zunächst unter der Rücksicht der Importsubstitution (besonders Agrarproduktion in Mangelländern);

– Exportstruktur, d. h. Erweiterung der Zahl der Exportbereiche, aufbauend auf detaillierten Untersuchungen mit Priorität für vertikale¹² und punktuell-laterale¹³ Diversifizierung.

Schlußbemerkung

Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bindungen und Abhängigkeiten haben sich weltweit verdichtet. Von dieser Interdependenz müssen alle Handlungsentwürfe ausgehen, um einen Kompromiß zwischen nationaler Souveränität und internationaler Ordnung zu finden. In besonderer

Weise zeigt der Grundstoffsektor die Last der Interdependenz und die Notwendigkeit wertbezogenen Handelns; denn die Kernfrage lautet: Konfrontation oder Kooperation auf den lebensnotwendigen Beschaffungs- und Absatzmärkten? – Ausgehend von anerkannten Wertprämissen wurde versucht, Präferenzen vorzuschlagen, die das ganze Weltsystem im Blick behalten, um daraus wesentliche Elemente einer Strategie der Partnerschaft in institutionalisierter Kooperation auf kurze, mittlere und lange Frist für die Grundstoffpolitik auf nationaler und internationaler Ebene abzuleiten.

¹ Wir unterscheiden folgende Grundstoffe: Ernährungsgüter – Nahrungsmittel und Genußmittel; und Industrie- rohstoffe – Agrarrohstoffe, Energierohstoffe, Metallrohstoffe und sonstige mineralische Rohstoffe.

² Zur Preisentwicklung vgl. UN, Handbook of Trade and Development Statistics, New York, lfd. Jgg. UN, Monthly Bulletin of Statistics, New York, lfd. Jgg.

³ Zur gegenwärtigen und künftigen Welternährungslage vgl. die Dokumente der Welternährungskonferenz der FAO (Rom 1974).

⁴ Vgl. R. L. Heilbronner, Wirtschaft und Wissen (Köln 1960).

⁵ Vgl. zur gegenteiligen Auffassung: D. Meadows, Die Grenzen des Wachstums (Stuttgart 1972).

⁶ Vgl. Paul VI., Populorum Progressio (Rom 1967) Nr. 43.

⁷ Vgl. Partner in der Weltwirtschaft, Erklärung der Kirchen in der BRD zur 3. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (Bonn-Bad Godesberg 1972).

⁸ Im Zusammenhang mit der Frage der Präferenzen kann es hier nur um eine Auflistung von Zielen und Zielbündeln gehen, die weder operationalisiert noch kompatibelisiert sind.

⁹ Vgl. z. B. die Grundsatzklärung der drei UN-Konferenzen für Handel und Entwicklung, der UN-Rohstoff- und Entwicklungskonferenz, der «Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten».

¹⁰ «Joint Ventures» = Unternehmungen mit in- und ausländischer Beteiligung.

¹¹ Marketing-Boards = Grundstoff-Agenturen.

¹² Vertikale Diversifizierung = Erweiterung auf der Basis desselben Ausgangsmaterials.

¹³ Punktuell-laterale Diversifizierung = Erweiterung durch einzelne Produktionen unterschiedlicher Erzeugungsstufen.

Bibliographische Hinweise

B. Balassa, Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft, in: Besters, H.; Boesch, E. E. (Hrsg.), Entwicklungspoli-

tik. Handbuch und Lexikon (Berlin/Mainz 1966) Sp. 71 bis 104.

Beihefte der Konjunkturpolitik Nr. 19, Probleme der Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern (Berlin 1972).

K. Dorner, Probleme einer weltwirtschaftlichen Integration der Entwicklungsländer (Tübingen/Basel 1974).

Institut für Gesellschaftspolitik (Hrsg.), Handel statt Hilfe? (Mannheim/Ludwigshafen 1972).

Institut für Weltwirtschaft, Weltrohstoffversorgung – Konflikt oder Kooperation? Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 36 (Kiel 1974).

D. Jaeger, Handelspolitik als Entwicklungspolitik (Bielefeld 1968).

P. Jaleć, Die Ausbeutung der Dritten Welt (Frankfurt 1968).

D. Kebschull u. a. (Hrsg.), Vermarktung und Verteilung von Rohstoffen (Hamburg 1973).

D. Kebschull u. a. (Hrsg.), Rohstoff- und Entwicklungspolitik (Stuttgart 1974).

D. Lorenz, Dynamische Theorie der internationalen Arbeitsteilung = Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen Bd. 25 (Berlin 1967).

G. Myrdal, Politisches Manifest über die Armut in der Welt (Frankfurt 1970).

Das Zweite Vatikanische Konzil, Pastoralkonstitution «Gaudium et Spes», Nr. 63–90.

HANS ZWIEFELHOFER

geboren 1932, Jesuit; Studium der Philosophie, Theologie, Nationalökonomie; Aufenthalte in Lateinamerika; Dr. rer. pol.; Ordentlicher Professor für Sozialwissenschaften, Gesellschafts- und Entwicklungspolitik an der Hochschule für Philosophie in München; Leiter des Instituts für Gesellschaftspolitik.